

RS Vwgh 1988/9/7 88/18/0032

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 07.09.1988

Index

001 Verwaltungsrecht allgemein

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §37;

AVG §45 Abs2;

AVG §45 Abs3;

AVG §58 Abs2;

VwRallg;

Rechtssatz

Der Sinn der Bestimmung des § 58 Abs 2 AVG besteht darin, daß gleichzeitig mit dem Spruch, wenn dem Standpunkt der Partei nicht vollinhaltlich Rechnung getragen oder über Einwendungen oder Anträge von Beteiligten abgesprochen wird, der Partei die Begründung hiefür mitzuteilen ist. Davon, daß die erst im Bescheid anzustellenden begründenden Erwägungen der Partei schon im vorhinein mitzuteilen sind, ist in den Verfahrensgesetzen keine Rede.

Schlagworte

Spruch und Begründung Parteiengehör Erhebungen Ermittlungsverfahren Begründungspflicht Beweismittel Begründung hinsichtlich einander widersprechender Beweisergebnisse Beweismittel Begründung Sachverhalt angenommener geklärt Parteiengehör Allgemein Verfahrensgrundsätze im Anwendungsbereich des AVG Allgemein VwRallg 10/1 Sachverhalt Sachverhaltsfeststellung Freie Beweismittel

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1988:1988180032.X05

Im RIS seit

11.07.2001

Zuletzt aktualisiert am

03.04.2017

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at